

## Rigide Sparprogramme, steigende Schulden: Noch mehr Diktate? Europa geht anders

von Sonja Ablinger, Marie-Noelle Lienemann und Hilde Mattheis



↳ Sonja Ablinger, ehem. Abgeordnete zum Nationalrat SPÖ, Österreich.



↳ Marie-Noelle Lienemann, Senatrice von Paris, Mitglied des Bundesvorstandes der Parti Socialiste (PS), Frankreich.



↳ Hilde Mattheis, Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzende des Forums Demokratische Linke, Deutschland.

Foto: © Wilke Fotostudio

Foto: © Parti Socialiste

Foto: © SPD Parteivorstand

Der mit der Einführung des EURO vereinbarte Stabilitätspakt sollte sicherstellen, dass der Schuldenstand der Mitgliedsstaaten nicht über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigt. Der Stabilitätspakt wurde 2011 verschärft. Geholfen hat es nichts: Nun sind die 17 Euro-Staaten im Jahr 2012 mit Schulden von 8,6 Billionen Euro bei 91 Prozent gelandet. Wieder mal mehr als im vorhergehenden Jahr. Auch Deutschland, Frankreich und Österreich liegen über dem Soll. Nur fünf der Staaten haben die Defizitgrenzen eingehalten.

Am Sparen liegt es nicht. Im Gegenteil. In Deutschland wurde an der Infrastruktur und bei der Bildung gespart, es hat sich ein riesiger Investitionsstau aufgetürmt. Man kann es täglich in den Schulen, auf den Straßen oder bei Bahnfahrten erleben. Alle wissen es, aber niemand wagt etwas dagegen zu tun: Gespart wird, weil die hohen Einkommen und Vermögen weiterhin verschont bleiben sollen.

Noch deutlicher zu sehen ist es an den Beispielen Portugal und Griechenland. Die Spar-

haushalte haben keines der beiden Länder auf die Beine gebracht. Griechenland kann absehbar seine Schuldenlast nicht mehr tragen, aber die Bevölkerung ist um fast 40 Prozent ärmer als vor der Krise. Und die Arbeitslosigkeit wächst weiter – nicht nur im Süden, in ganz Europa steigt sie.

Diese Entwicklung war absehbar. Schon Anfang 2012 konnte man lesen: Krankenhäuser und Schulen schließen, immer mehr Menschen sind in Griechenland auf Lebensmittelhilfen angewiesen. Erstmals seit 1945 kehrt der Hunger ins Land zurück.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, dass es unmöglich ist, sich aus einer solchen Krise herauszusparen. Und dennoch forderte die Troika aus Europäischer Kommission, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank weitere Einsparungen.

Zwar hat im Juni der IWF selbstkritisch erkannt: „Es wurde unterschätzt, wie negativ sich das auferlegte Sparprogramm auf die grie-

chische Wirtschaft auswirkt“ und der EU-Kommission liegt mittlerweile eine Studie vor, die die Negativauswirkung des sogenannten Multiplikator-Effekts auf die Krisenländer bestätigt. Diese zeigt auf, dass die Sanierung der Haushalte desto weniger gelingt je größer der Multiplikator von Staatsausgabenkürzungen ist.

Und dennoch wird die unsolidarische und ungerechte Krisenlösungsstrategie fortgesetzt und weiter an der Spirale nach unten gedreht: Portugal muss schon wieder einen neuen Sparhaushalt erstellen.

Deshalb ist es mehr als überfällig, dass das Europäische Parlament nun die Arbeit der Troika überprüft. Denn tatsächlich ist das Troika-Modell eine Erfindung misslungener Krisenlösung, die europapolitisch nicht zulässig ist. Staaten dürfen anderen Staaten keine Vorschriften machen. Dafür haben sie keine demokratische Legitimation.

Das ist jedoch nicht der einzige demokratische Tabubruch der bisherigen EURO-Krisengeschichte, wie sie vor allem vom Europäischen Rat nonchalant vollzogen wird. Die Krisen-Politik verengt sich immer mehr auf die diffusen Kanäle einer Intergouvernementalität, die nicht demokratisch legitimiert und nicht demokratisch kontrolliert ist. Regierungen wollen durchregieren.

Und so hat der letzte Europäische Rat vom 24./25.10.2013 sich wieder mit dem sogenannten Wettbewerbspakt befasst und wird dies auf seiner Dezembertagung wieder tun. Kern dieses Paktes ist der Plan: Schuldengeplagte nationale Regierungen erhalten europäische Finanzmittel, aber nur wenn sie sich zu Reformen verpflichten, d.h. sich auf den Abbau von Sozialstandards einlassen.

Diese Erpressungsschraube wurde nun mit dem Vorschlag des EURO-Gruppenchefs Jeroen Dijsselbloem eine deutliche Windung weitergedreht: Er will den Wachstums- und

Stabilitätspakt erneut verändern und zwar dahingehend, dass die Länder mit Defizitverfahren mehr Zeit erhalten sollen, um das überhöhte Defizit zu verringern. Dafür müssen sie sich verpflichten, den Arbeitsmarkt zu „flexibilisieren“, ihr Gesundheitssystem und anderes zu reformieren.

Sparen und Reformieren, um sich Zeit oder Geld zu kaufen: Sollten sich diese technokratischen Polit-Mechanismen und Diktate durchsetzen, wird die Stabilität Europas weit mehr untergraben, als man das bisher wahrnehmen will. Und auch den Zuspruch zu rechtsextremistischen Bewegungen mehren, die die Idee der europäischen Integration, der Solidarität und der gemeinsamen Politik untergraben wollen. Auch deshalb brauchen wir eine echte transparente und demokratische Debatte über die Krisen- und Sparpolitik. Die Troika darf die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger in Europa nicht „im Geheimen“ entscheiden!

Ob die politische Intervention des Europäischen Parlaments mit der Untersuchung der Troika-Arbeit eine solidarische Druckwelle losstritt, ist nicht absehbar, aber dringend notwendig wäre eine Kehrtwende, die sich über den Europawahlkampf fortsetzt und eine soziale und wirtschaftlich vernünftige Europapolitik ermöglicht.

Wir sind überzeugt, dass dieser nächste Schritt der Ausweitung einer fehlgeleiteten Krisenpolitik verhindert werden muss. Europa braucht einen Kurswechsel. Ein klares Nein zum Pakt für Wettbewerbsfähigkeit wäre eindringend notwendiger Schritt zu einer Abkehr von dieser Politik, die zunehmend Wut, Verzweiflung und Ratlosigkeit auslöst. Aus der Austeritätsfalle kommt die Union nur mit einer Zukunftsstrategie. Sie muss innovativ, sozial ökologisch und demokratisch ausgerichtet sein. Denn Europa geht anders – mit Sicherheit. ■

☞ Autorinnen: Die Initiatorinnen des Aufrufes „Europa geht anders!“: